

Der Markt als Überwinder und Schöpfer von Risiko

Die Ökonomie hat noch immer Züge einer Staatswissenschaft: Diesen Eindruck hat die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden bestätigt. Das Treffen der Wirtschaftswissenschaftler stand unter dem Motto "Marktwirtschaft und Risiko". Märkte seien effiziente Einrichtungen zur Bewältigung von Risiken, sagte zwar der scheidende Vorsitzende des Vereins, Martin Hellwig vom Bonner Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Freilich würden sie in der Öffentlichkeit zunehmend selbst als Risiken wahrgenommen - auch wenn sich in der Vergangenheit eher der Staat als der Markt als Hauptquelle von Risiko und Unsicherheit erwiesen habe. Als aber Georg Milbradt, Ökonomieprofessor und Ministerpräsident von Sachsen, den amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman mit dem provokanten Satz zitierte, es gebe zwei Sorten von Staatsaufgaben, die ohnehin überflüssigen und jene, die sich bei etwas Nachdenken rasch als überflüssig erwiesen, ging schallendes Gelächter durch den Hörsaal 1 der Technischen Universität. Das angeblich weitverbreitete Marktversagen gehörte auch in Dresden unangefochten zum Grundstock der ökonomischen Weltsicht - und damit die Rechtfertigung von Staatseingriffen.

So beschäftigte sich Milbradt mit der grundsätzlichen Frage, ob und inwieweit sich der Staat an den Risiken beteiligen soll, denen Unternehmen und Privatpersonen auf Märkten ausgesetzt sind. Seine Herleitung war einfach, die Antwort eindeutig: Marktergebnisse seien unplanbar. Durch diese Unplanbarkeit entstünden Risiken für den einzelnen. Deshalb gelte: "Der Staat muß einspringen, wenn der einzelne sich gegen die allgemeinen Lebensrisiken nicht hinreichend versichern kann." Ein besonders klarer Fall liege beim Risiko der Arbeitslosigkeit vor. Da die individuellen Risiken der Arbeitslosigkeit aufgrund ihrer Abhängigkeit von der - flächendeckend wirkenden - Politik miteinander korreliert seien, lasse sich hier keine private, freiwillige Versicherung organisieren. Vielleicht wäre dies anders, wenn der Einfluß der Politik geringer wäre?

Allerdings sei das Niveau der sozialstaatlichen Absicherung über jedes vernünftige Maß hinausgewachsen, sagte Milbradt. Die Sozialleistungen belasteten den Faktor Arbeit übermäßig, setzten falsche Anreize und trieben die Menschen in die

Schattenwirtschaft. Darunter litten Wachstum und Beschäftigung. "Die Sozialpolitik kümmert sich um die Opfer, die sie selbst verursacht", klagte der CDU-Politiker an. "Aus der Rundumversorgung muß wieder die Absicherung von elementaren Lebensrisiken werden." Allerdings seien die Menschen gar nicht bereit, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Vor diesem Befund nahm Milbradt dann doch noch eine argumentative Kurve - und plädierte für eine Pflicht zur Versicherung gegen Elementarschäden, auf daß die Menschen von einer Katastrophe wie dem Hochwasser 2002 nicht wieder überrascht würden.

Letztlich gehen solche paternalistischen Empfehlungen aus schlichtem Pragmatismus hervor, wie Bruno Gas, Vorstandsvorsitzender der vor zwei Jahren vom Staat mit Beteiligung der Versicherungswirtschaft gegründeten Extremus AG zur Versicherung von Terrorrisiken, bekannte. Daß die staatliche Übernahme von Risiken einen Markteingriff darstelle, der die private Suche nach Lösungen unterbinde, sei zwar nicht zu widerlegen. Kurzfristig jedoch heiße die Alternative: entweder staatliche Risikobeteiligung oder gar kein Versicherungsschutz. "Und das heißt letztlich 100 Prozent Staat."

Auch Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim konstatierte: "Märkte funktionieren nicht so, wie es manche Ökonomen gern hätten." Viele Menschen seien von einem optimalen Management ihrer Lebensrisiken, vor allem von einer ausreichenden Vorsorge für das Alter, weit entfernt. "Der Staat hat hier eine unverzichtbare Rolle." Der Rentenexperte präsentierte eine Studie, nach der Finanzvermögen und hochgerechnete Ersparnisse des deutschen Medianbürgers nur rund 50 bis 60 Prozent der "Rentenlücke" deckten, das heißt jenes Anteils der gesetzlichen Altersversorgung, der im Umlageverfahren aufgrund der demographischen Verschiebungen und des "Nachhaltigkeitsfaktors" nicht mehr zustande kommen wird. "Wer in 10 bis 20 Jahren in Rente geht, hat nicht mehr genug Zeit, die Lücke zu schließen." Um so wichtiger sei es, die Umverteilungskomponenten aus den Sozialversicherungen auszuklinken, damit "ökonomisch korrekte Preissignale, die von Versicherungsprämien ausgehen, im Wettbewerb helfen, die Kosten der Versicherung in Schach zu halten". Der sogenannten Bürgerversicherung, die vom individuellen Risiko abstrahiert, erteilte der Mannheimer Wissenschaftler eine Absage. Und er summierte: "Unsere

Rentenreform kam 20 Jahre zu spät." Ein klassischer Fall von Staatsversagen.
(...)

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom
04.10.2004.